

# Bundesgesetzblatt <sup>937</sup>

Teil II

Z 1998 A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 8. Juli 1993

Nr. 21

Tag	Inhalt	Seite
30. 6. 93	<b>Gesetz zu dem Vertrag vom 6. Dezember 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kooperativen Republik Guyana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen</b> .....	938
30. 6. 93	<b>Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen</b> ....	947
30. 6. 93	<b>Gesetz zu dem Vertrag vom 5. April 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Swasiland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen</b>	956
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung .....	964
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966	964
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen .....	965
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung .....	965
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR .....	966
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial .....	966
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation .....	967
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über Behälter .....	967
11. 6. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses .....	968

**Gesetz**  
**zu dem Vertrag vom 6. Dezember 1989**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Kooperativen Republik Guyana**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 30. Juni 1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Georgetown am 6. Dezember 1989 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kooperativen Republik Guyana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage und dem Briefwechsel vom 6. Dezember 1989 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 6. Dezember 1989 werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Juni 1993

Der Bundespräsident  
Weizsäcker

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Kinkel

**Vertrag  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Kooperativen Republik Guyana  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Treaty  
between the Federal Republic of Germany  
and the Co-operative Republic of Guyana  
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Kooperative Republik Guyana –

The Federal Republic of Germany  
and  
the Co-operative Republic of Guyana,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate business initiative in this field and to increase the prosperity of both nations,

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

**Artikel 1**

**Article 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
  - b) in bezug auf die Kooperative Republik Guyana: Staatsangehörige Guyanas, denen dieser Status gemäß den Bestimmungen der Verfassung der Kooperativen

1. the term "investments" omprises every kind of asset, in particular:
  - (a) movable and immovable property as well as other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
  - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
  - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
  - (d) copyrights, industrial property rights, technical processes, trade-marks, trade-names, know-how, and goodwill;
  - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;
2. the term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term "nationals" means
  - (a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
  - (b) in respect of the Co-operative Republic of Guyana: citizens of Guyana who are properly accorded that status under the provisions of the Constitution of the Co-operative Republic

Republik Guyana und des Guyana Citizenship Act, Laws of Guyana, Kapitel 14.01, ordnungsgemäß zuerkannt wurde;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Kooperative Republik Guyana: Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Firmen oder Vereinigungen, die nach den guyanischen Gesetzen gegründet oder eingesetzt worden sind.

**Artikel 2**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

**Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten einräumt wegen ihrer Mitgliedschaft in oder Assoziation mit:

- a) einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone;
- b) anderen regionalen Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die ähnliche Zielsetzungen haben.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

**Artikel 4**

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung verstaatlicht, enteignet oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen den Auswirkungen einer Verstaatlichung oder Enteignung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder vorgesehene Verstaatlichung, Enteignung oder vergleichbare Maßnahme

of Guyana and the Guyana Citizenship Act, Chapter 14:01 of the Laws of Guyana;

4. the term "companies" means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany: any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German area of application of this Treaty, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
- (b) in respect of the Co-operative Republic of Guyana: corporations; co-operatives, firms or associations; incorporated or constituted under the Laws of Guyana.

**Article 2**

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party.

**Article 3**

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of or association with:

- a) a customs or economic union, a common market or a free trade area,
- b) other regional economic co-operation agreements which have similar objectives.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

**Article 4**

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be nationalised, expropriated or subjected to any other measures which would have effects similar to effects of nationalisation or expropriation in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or proposed nationalisation, expropriation or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be

öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Verstaatlichung, Enteignung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Verstaatlichung, Enteignung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer in ihr Hoheitsgebiet oder aus ihrem Hoheitsgebiet der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of nationalisation, expropriation or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such nationalisation, expropriation or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of third States as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

#### Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment in or out its territory, in particular of the:

- (a) principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) returns;
- (c) repayment of loans;
- (d) royalties and fees for the rights referred to in Article 1 (1) (d);
- (e) proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment.

#### Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assignments, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

#### Article 7

Transfers under Article 4 (2) or (3), Article 5 or 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

#### Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Streitigkeiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

#### Article 9

This Treaty shall also apply to matters arising after its entry into force in relation to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

#### Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled amicably by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the written request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different order concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

#### Article 11

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

**Artikel 12**

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

**Artikel 13**

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Kooperativen Republik Guyana innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 14**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Georgetown, Guyana, ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Georgetown am 6. Dezember 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of either of the parties to the dispute be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

**Article 12**

This Treaty shall remain in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

**Article 13**

With the exception of the provisions in paragraph 6 of the Protocol, insofar as they refer to air transport, this Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Co-operative Republic of Guyana within three months of the date of entry into force of this Treaty.

**Article 14**

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Georgetown, Guyana.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Georgetown on December 6th, 1989 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
Joachim Vogel

Für die Kooperative Republik Guyana  
For the Co-operative Republic of Guyana  
Carl B. Greenidge

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kooperativen Republik Guyana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

### (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus Kapitalanlagen und im Fall ihrer genehmigten Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Erstanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.
- c) Der Begriff „Gesellschaften“ in bezug auf die Kooperative Republik Guyana nach Artikel 1 Absatz 4 bezeichnet auch Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Firmen oder Vereinigungen nach dem Caribbean Enterprise Regime unter der Voraussetzung, daß sie nach guyanischem Recht gegründet oder eingesetzt sind und ihren Geschäftssitz in Guyana haben.

### (2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die eine Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften genehmigt, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

### (3) Zu Artikel 3

- a) (1) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen.
- (2) Besondere Anreize, die eine Vertragspartei nur ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften gewährt, um den Aufbau örtlicher Industrien zu fördern, gelten als vereinbar mit Artikel 3, sofern sie die Kapitalanlagen oder Betätigungen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht beeinträchtigen.
- (3) Als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 sind unter anderem Maßnahmen anzusehen, die eine nach diesem Vertrag vorgenommene Kapitalanlage betreffen, jedoch nicht beschränkt sind auf
  - a) die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art;
  - b) die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland.
- (4) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3.
  - b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß

## Protocol

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Co-operative Republic of Guyana concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

### (1) Ad Article 1

- (a) Returns from investments and, in the event of their approved re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the original investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a valid national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.
- (c) The term "companies" in respect of the Co-operative Republic of Guyana as defined in Article 1 (4) covers also corporations, co-operatives, firms or associations formed under the Caribbean Enterprise Regime provided they are incorporated or constituted under the Laws of and seated in Guyana.

### (2) Ad Article 2

- (a) Investments approved by a Contracting Party in its territory in accordance with its laws and regulations shall enjoy the protection of the Treaty.
- (b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

### (3) Ad Article 3

- (a) (1) The following shall more particularly, though not exclusively, be regarded as "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment.
- (2) Special incentives granted by a Contracting Party only to its nationals or companies in order to stimulate the creation of local industries are considered compatible with Article 3, provided they do not impair the investment or the activities in connection with an investment of nationals and companies of the other Contracting Party.
- (3) "Treatment less favourable" within the meaning of Article 3 shall include measures affecting an investment made under the Treaty, for example, but not limited to
  - (a) restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind,
  - (b) impeding the marketing of products inside or outside the country.
- (4) Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
  - (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting

den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch die Kapitalanlage oder die Wirtschaftlichkeit der Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.

- (c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employees of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of a governmental intervention in the company, in which the investment is made, the investment or the financial viability of the investment is severely impaired.

(5) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

- (6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

6th December, 1989

His Excellency Mr. Joachim Richard Vogel,  
Ambassador,  
Embassy of the Federal Republic of Germany,  
Port-of-Spain,  
Trinidad and Tobago,  
West Indies.

Excellency,

On the occasion of the signing of the Treaty between the Co-operative Republic of Guyana and the Federal Republic of Germany concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, I have the honour to inform you as follows:

The Government of the Co-operative Republic of Guyana, after having taken note of the fact that the competent authorities of the Federal Republic of Germany may grant measures for the encouragement of German investments in Guyana already prior to the entry into force of the Treaty, will apply the Treaty on a preliminary basis already as from the date of its signing. This declaration of intent is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany is considering to grant guarantees for German investments in Guyana already prior to the entry into effect of the Treaty.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Carl B. Greenidge  
Minister of Finance

Georgetown, 6. Dezember 1989

Georgetown, December 6, 1989

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Exzellenz,

ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihrer Note vom 6. Dezember 1989 aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Kooperativen Republik Guyana und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Kooperativen Republik Guyana und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Kooperativen Republik Guyana wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Guyana schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Guyana schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Joachim-Richard Vogel

Seiner Exzellenz  
Carl Greenidge  
Finanzminister der Kooperativen Republik Guyana  
Georgetown

The Ambassador  
of the Federal Republic of Germany

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of December 6, 1989 on the occasion of the signing of the Treaty between the Co-Operative Republic of Guyana and the Federal Republic of Germany concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, which reads as follows:

“On the occasion of the signing of the Treaty between the Co-operative Republic of Guyana and the Federal Republic of Germany concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, I have the honour to inform you as follows:

The Government of the Co-operative Republic of Guyana, after having taken note of the fact that the competent authorities of the Federal Republic of Germany may grant measures for the encouragement of German investments in Guyana already prior to the entry into force of the Treaty, will apply the Treaty on a preliminary basis already as from the date of its signing. This declaration of intent is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany is considering to grant guarantees for German investments in Guyana already prior to the entry into effect of the Treaty.”

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Joachim-Richard Vogel

His Excellency  
Mr. Carl Greenidge  
Minister of Finance of the Cooperative Republic of Guyana  
Georgetown

**Gesetz**  
**zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Republik Kap Verde**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Vom 30. Juni 1993**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Bonn am 18. Januar 1990 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Juni 1993

Der Bundespräsident  
Weizsäcker

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Kinkel

**Vertrag**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Republik Kap Verde**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Acordo**  
**entre a República Federal da Alemanha**  
**e a República de Cabo Verde**  
**sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos**

Die Bundesrepublik Deutschland  
 und  
 die Republik Kap Verde –

A República Federal da Alemanha  
 e  
 a República de Cabo Verde,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

animadas do desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,

desejando criar condições favoráveis para investimentos de nacionais ou sociedades de um Estado no território do outro Estado,

reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos por meio de um Acordo poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos,

acordaram o seguinte:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
  - b) in bezug auf die Republik Kap Verde: Kapverdier im Sinne des in der Republik Kap Verde geltenden Staatsangehörigkeitgesetzes;

**Artigo 1**

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo “investimentos” compreende toda a espécie de bens, nomeadamente
  - a) propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais tais como hipotecas e penhoras;
  - b) títulos de participação em sociedades e outros tipos de participação em sociedades;
  - c) direitos relativos a dinheiro que foi aplicado para gerar valor económico ou direitos a prestações com valor económico;
  - d) direitos de autor, direitos de propriedade industrial, processos técnicos, marcas comerciais, denominações comerciais, know-how e goodwill;
  - e) concessões de direito público, incluindo concessões de pesquisa, exploração e extracção.
 A alteração da forma pela qual os bens forem investidos não afectará a sua qualidade de investimento de capitais.
2. O termo “rendimentos” designa as quantias geradas por um investimento num determinado período tais como lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração relacionadas com o investimento.
3. O termo “nacionais” designa:
  - a) no que respeita à República Federal da Alemanha: Alemães tais como se encontram definidos na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha;
  - b) no que respeita à República de Cabo Verde: Cabo-verdianos tais como se encontram definidos na Lei da Nacionalidade vigente na República de Cabo Verde.

## 4. bezeichnet der Begriffe „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, sofern sie ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat,
- b) in bezug auf die Republik Kap Verde:  
jede Kollektivpersönlichkeit, sofern sie ihren Sitz im kap-verdischen Geltungsbereich dieses Vertrags hat.

**Artikel 2**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

**Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

**Artikel 4**

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzin-

## 4. O termo „sociedades“ designa:

- a) em relação à República Federal da Alemanha: toda a pessoa jurídica, bem como as sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações, com ou sem personalidade jurídica, com fins lucrativos ou não, desde que tenham sede na área alemã de aplicação do presente Acordo;
- b) em relação à República de Cabo Verde:  
toda a pessoa colectiva, desde que tenha sede na área cabo-verdiana de aplicação do presente Acordo.

**Artigo 2**

1. Ambas as Partes Contratantes permitirão investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, promovendo-os na medida do possível. Em todos os casos concederá aos investimentos tratamento justo e devido.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará de forma alguma a administração, a aplicação, o uso ou o aproveitamento dos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território através de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

**Artigo 3**

1. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos investimentos no seu território que sejam propriedade ou que estejam sob controlo de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito à sua actividade quando esta se relaciona com investimentos no seu território, um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

3. Este tratamento não se refere a privilégios que uma das Partes Contratantes conceda a nacionais ou sociedades de terceiros Estados pelo facto de serem membros de uma união aduaneira ou económica, de um mercado comum ou de uma zona de comércio livre ou por a eles estarem associados.

4. O tratamento acordado neste Artigo não se refere a benefícios que uma das Partes Contratantes conceda a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em consequência de um acordo de dupla tributação ou de outros acordos sobre questões fiscais.

**Artigo 4**

1. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão no território da outra Parte Contratante de plena protecção e de plena segurança.

2. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou à nacionalização, senão por motivos de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha imediatamente antes da data de publicação da expropriação, nacionalização ou medida equivalente já consumada ou imminente. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual, até à data da sua liquidação; a indemnização deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível. Deverão ser tomadas providências adequadas quanto à fixação e pagamento da indemnização o mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou medida equivalente. A legalidade da expropriação, nacionali-

sen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger ausüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds im Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

zação ou medida equivalente e o montante da indemnização deverão ser comprováveis em processo judicial normal.

3. Os nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão dessa Parte Contratante tratamento menos favorável em matéria de restituições, compensações, indemnizações ou demais retribuições, do que o concedido aos seus próprios nacionais ou sociedades. Esses pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas no presente Artigo, os nacionais ou as sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, do tratamento de nação mais favorecida.

#### Artigo 5

Ambas as Partes Contratantes garantirão aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a transferência livre das importâncias relacionadas com os investimentos, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos;
- c) para restituição de empréstimos;
- d) de royalties ou outras remunerações dos direitos referidos no Artigo 1 número 1 letra d;
- e) do produto resultante de uma liquidação ou alienação total ou parcial do investimento.

#### Artigo 6

Se uma das Partes Contratantes realizar pagamentos aos seus nacionais ou sociedades em virtude de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta, sem prejuízo dos direitos resultantes do Artigo 10 para a primeira Parte Contratante, reconhecerá a transferência de todos os direitos desses nacionais ou sociedades para a primeira Parte Contratante, seja por efeito legal ou com base em acto jurídico. Para além disso, a outra Parte Contratante reconhecerá a substituição da primeira Parte Contratante em todos esses direitos, podendo esta exercê-los na mesma medida que a Parte substituída (sub-rogação). À transferência das importâncias referentes a pagamentos a realizar em virtude da sub-rogação aplicar-se-ão análogamente as disposições do Artigo 4 números 2 e 3 e do Artigo 5.

#### Artigo 7

1. As transferências nos termos do Artigo 4 números 2 ou 3, Artigo 5 ou 6 realizar-se-ão de imediato à taxa de câmbio em vigor.

2. Esta taxa terá de estar em conformidade com a cross rate resultante das taxas de câmbio que, na data do pagamento, o Fundo Monetário Internacional tomaria por base para o câmbio das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

#### Artigo 8

1. Se das disposições legais de uma das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional que existem ou venham a existir futuramente entre as Partes Contratantes a

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

par do presente Acordo resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, essa regulamentação prevalecerá na parte em que for mais favorável.

2. Ambas as Partes Contratantes observarão qualquer outro compromisso que tenham assumido em relação a investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território.

#### Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos realizados por nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante no território da outra Parte Contratante em conformidade com as respectivas disposições legais e que tiveram lugar antes da sua entrada em vigor.

#### Artigo 10

1. Os litígios que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidos, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dessa maneira, será submetido a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal arbitral será constituído ad hoc, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro; de comum acordo, ambos os membros designarão um nacional dum terceiro Estado como presidente, que será nomeado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses a contar da data em que uma das Partes Contratantes tenha comunicado à outra que deseja submeter o litígio a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por qualquer outro motivo, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente possuir também a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou se estiver também impedido por qualquer outro motivo, as nomeações caberão ao membro do Tribunal que se siga na hierarquia e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão vinculatórias. A cada uma das Partes Contratantes caberão as despesas do seu árbitro bem como da sua representação no processo perante o tribunal arbitral; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do Presidente bem como com as demais despesas. O tribunal arbitral poderá adoptar um regulamento diferente quanto às despesas. O tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

6. Se ambas as Partes Contratantes forem membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, não se poderá recorrer nos termos do Artigo 27 parágrafo 1 da Convenção ao tribunal arbitral acima previsto, visto que entre o nacional ou a sociedade de uma das Partes Contratantes e a outra Parte Contratante existe o acordo a que se refere o Artigo 25 da Convenção. Ressalva-se a possibilidade de recurso ao tribunal arbitral acima referido no caso da não observância duma decisão do tribunal arbitral estabelecido nos termos da referida Convenção (Artigo 27), no caso de transferência de direitos por força da lei ou com base em acto jurídico em conformidade com o Artigo 6 do presente Acordo.

**Artikel 11**

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder für den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

**Artikel 12**

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

**Artikel 13**

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kap Verde innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 14**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

**Artigo 11**

1. Os litígios que surgirem entre uma das Parte Contratantes e o nacional ou uma sociedade da outra Parte Contratante em relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser dirimidos amigavelmente entre as partes litigantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dentro de um prazo de seis meses, contado a partir da data em que uma das partes litigantes o tenha feito valer, ele será submetido, a pedido do nacional ou da sociedade da outra Parte Contratante, a um processo arbitral. Pelo presente Acordo, ambas as Partes Contratantes declaram a sua concordância com tal processo. Salvo decisão contrária, as disposições do Artigo 10 números 3 a 5 aplicar-se-ão analogamente, sob condição de as partes litigantes nomearem os membros do tribunal arbitral em conformidade com o previsto no número 3 do Artigo 10 e, se os prazos referidos no número 3 do Artigo 10 não forem observados, de cada uma delas poder, por falta de outros acordos, convidar o Presidente do Tribunal de Arbitragem da Câmara Internacional de Comércio em Paris a proceder às nomeações necessárias. A sentença arbitral será executada em conformidade com o direito nacional.

3. A Parte Contratante implicada no litígio não alegará durante um processo arbitral ou a execução da sentença arbitral que o nacional ou a sociedade da outra Parte Contratante recebeu duma seguradora uma indemnização por uma parte do dano ou pela sua totalidade.

4. Se ambas as Partes Contratantes se tiverem tomado também membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, os litígios entre as partes, a que se refere o presente Artigo, serão submetidos a um processo arbitral conforme a Convenção acima referida, a não ser que as Partes Contratantes tomem decisão contrária; pelo presente Acordo, ambas as Partes Contratantes declaram a sua concordância com tal processo.

**Artigo 12**

O presente Acordo permanecerá em vigor mesmo no caso de conflito entre as Partes Contratantes, sem prejuízo do direito de serem adoptadas medidas provisórias admitidas pelas normas gerais do Direito Internacional. As medidas dessa natureza serão derogadas o mais tardar no momento da cessação efectiva do conflito, independentemente da existência ou não de relações diplomáticas.

**Artigo 13**

Com excepção das disposições do número 6 do Protocolo – na medida em que dizem respeito aos transportes aéreos – o presente Acordo aplicar-se-á também ao “Land” de Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não apresente ao Governo da República de Cabo Verde uma declaração em contrário dentro de três meses após a entrada em vigor do presente Acordo.

**Artigo 14**

1. O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação serão trocados o mais brevemente possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por dez anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, com uma antecedência de 12 meses. Expirado o prazo de dez anos, o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento, com doze meses de antecedência.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

3. Para os investimento realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, permanecerão em vigor por vinte anos a partir da data da expiração do Acordo as disposições dos Artigos 1 a 13.

Geschehen zu Bonn am 18. Januar 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Feito em Bona, aos 18 de Janeiro de 1990, em dois originais, cada um em idioma alemão e português, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pela República Federal da Alemanha  
Alois Jelonek

Für die Republik Kap Verde  
Pela República de Cabo Verde  
A. Rodrigues Pires

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

### (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

### (2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

### (3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

## Protocolo

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República de Cabo Verde, os plenipotenciários abaixo-assinados acordaram ainda nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo:

### 1. Com referência ao Artigo 1

- a) Os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste gozarão da mesma protecção que o próprio investimento.
- b) Considerar-se-á nacional de uma das Partes Contratantes toda a pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da referida Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

### 2. Com referência ao Artigo 2

- a) Os investimentos, realizados em conformidade com as disposições legais de uma Parte Contratante no campo de aplicação da sua jurisdição por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, gozarão da plena protecção do presente Acordo.
- b) O presente Acordo aplicar-se-á também às áreas da Zona Económica Exclusiva e da plataforma continental, desde que o Direito Internacional permita à Parte Contratante em causa o exercício dos direitos de soberania ou jurisdição nessas áreas.

### 3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como "actividade", no sentido do Artigo 3 número 2, serão considerados em especial mas não exclusivamente a administração, a aplicação, o uso e o aproveitamento de um investimento. Como tratamento "menos favorável", no sentido do Artigo 3, serão consideradas especialmente as limitações à aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo o tipo, o impedimento à venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, e ainda outras medidas com efeito semelhante. Não serão consideradas como tratamento "menos favorável", no sentido do Artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem pública, de saúde pública ou de ordem moral.
- b) As disposições do Artigo 3 não obrigam nenhuma das Partes Contratantes a estender as vantagens, isenções e reduções fiscais que, segundo as leis tributárias, somente são concedidas a pessoas físicas e sociedades residentes no seu território a pessoas físicas e sociedades residentes no território da outra Parte Contratante.
- c) No âmbito das suas disposições legais internas, ambas as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e permanência de pessoas de uma das Partes Contratantes que desejarem entrar no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento; o mesmo valerá para os assalariados de uma das Partes Contratantes que quiserem entrar e permanecer no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento, para exercer uma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados com benevolência.

**(4) Zu Artikel 4**

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

**(5) Zu Artikel 7**

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

**4. Com referência ao Artigo 4**

O direito à indemnização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa que é objecto do investimento, comprometendo consideravelmente a substância económica da mesma.

**5. Com referência ao Artigo 7**

Uma transferência considerar-se-á como realizada “sem demora”, no sentido do número 1 do Artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das necessárias formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento tenha sido apresentado, não podendo em caso algum exceder dois meses.

6. Com referência aos transportes de bens e pessoas decorrentes do investimento nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a utilização de empresas de transporte da outra Parte Contratante, outorgando, quando necessário, as autorizações para a realização dos transportes. As disposições acima indicadas abrangem o transporte de:

- a) bens directamente destinados ao investimento abrangido no âmbito do presente Acordo ou adquiridos no território de uma das Partes Contratantes ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por conta de uma empresa nas quais tenha sido investido capital no âmbito do presente Acordo;
- b) pessoas em deslocações relacionadas com os investimentos.

**Gesetz**  
**zu dem Vertrag vom 5. April 1990**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und dem Königreich Swasiland**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 30. Juni 1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Mbabane am 5. April 1990 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Swasiland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Juni 1993

Der Bundespräsident  
Weizsäcker

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Kinkel

**Vertrag**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und dem Königreich Swasiland**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Treaty**  
**between the Federal Republic of Germany**  
**and the Kingdom of Swaziland**  
**concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland  
 und  
 das Königreich Swasiland –

The Federal Republic of Germany  
 and  
 the Kingdom of Swaziland,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

**Artikel 1**

**Article 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
  - b) in bezug auf das Königreich Swasiland: Staatsbürger im Sinne der Gesetze von Swasiland;

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
  - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
  - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
  - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
  - (d) copyrights, industrial property rights, technical processes, trade-marks, trade-names, know-how, and goodwill;
  - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;
2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “nationals” means
  - (a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
  - (b) in respect of the Kingdom of Swaziland: a citizen within the meaning of the laws of Swaziland;

## 4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

## a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

## b) in bezug auf das Königreich Swasiland:

Handelsgesellschaften, Unternehmen oder Vereinigungen, die nach den Gesetzen des Königreichs Swasiland gegründet oder eingetragen sind.

**Artikel 2**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen. Diese Bestimmung gilt unbeschadet einer Politik der bevorzugten Beschäftigung eigener Staatsangehöriger der jeweiligen Vertragspartei.

**Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

**Artikel 4**

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem geltenden bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise

## 4. the term "companies" means

## (a) in respect of the Federal Republic of Germany:

any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German area of application of this Treaty, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,

## (b) in respect of the Kingdom of Swasiland:

corporations, firms or associations incorporated or constituted under the laws in force in the Kingdom of Swaziland.

**Article 2**

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party. This provision is without prejudice to any policy of preferential employment of own nationals of either Contracting Party.

**Article 3**

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) Any treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

**Article 4**

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the prevailing bank interest until the time of payment; it shall be realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compen-

für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei haben das Recht, die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachprüfen zu lassen.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von aufgrund der übertragenen Ansprüche vorgesehenen Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechten zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung

erlaubt wird, so ist diese Regelung nicht anwendbar. Nationals or companies of the other Contracting Party shall have the right to make the legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

#### Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in repayment of loans;
- (d) of royalties and fees for the rights referred to in Article 1 (1) (d);
- (e) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment.

#### Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments envisaged by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

#### Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtainable from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

#### Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such

als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung aufgrund einer Vereinbarung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Streitigkeiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer

regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed under any agreement with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

#### Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

#### Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties arising from the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties in a spirit of conciliation.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States the arbitral tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

#### Article 11

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party

Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

#### Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

#### Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Swasiland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Mbabane am 5. April 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

#### Article 12

This Treaty shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the right to take such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Such measures shall be repealed not later than the date of the actual termination of the conflict, irrespective of whether or not diplomatic relations exist.

#### Article 13

With the exception of the provisions in paragraph 6 of the Protocol, insofar as they refer to air transport, this Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Kingdom of Swaziland within three months of the date of entry into force of this Treaty.

#### Article 14

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party upon twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Mbabane on 5-4-90 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
Reinhart Frans

Für das Königreich Swasiland  
For the Kingdom of Swaziland  
Mamba

### Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Swasiland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

#### (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederranlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

#### (2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

#### (3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer nach diesem Vertrag vorgesehenen Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer nach diesem Vertrag vorgesehenen Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

### Protocol

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Swaziland concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be an integral part of the said Treaty:

#### (1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

#### (2) Ad Article 2

- (a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the area of application of the law of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Treaty.
- (b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

#### (3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment envisaged by this Treaty. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- (c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment envisaged by this Treaty; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

## (4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

## (5) Zu Artikel 7

a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

b) Wenn und soweit extreme Zahlungsbilanzschwierigkeiten dies erfordern, kann jede Vertragspartei durch Entscheidung des zuständigen Organs den Transfer des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage für einen begrenzten Zeitraum beschränken. In jedem Fall wird jedoch ein jährlicher Mindesttransfer von zwanzig Prozent (20 %) des Liquidationserlöses garantiert. Der Transfer erfolgt zu dem Kurs, der nicht weniger günstig ist als der Kurs des Tages, an dem der Transfer beantragt wurde.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;

b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

## (4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

## (5) Ad Article 7

(a) A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(b) If and insofar as necessitated by extreme balance of payments difficulties, either Contracting Party may, on the decision of the competent organ, restrict for a limited period the transfer of the proceeds of liquidation in the event of the sale of the whole or any part of the investment. In any case an annual minimum transfer of twenty per cent (20%) of the proceeds of liquidation shall be guaranteed. The transfer shall be carried out at a rate of exchange no less favourable than the rate of exchange on the date on which application for transfer is made.

(6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

(a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;

(b) persons travelling in connection with an investment.

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,  
von internationaler Bedeutung**

Vom 11. Juni 1993

I.

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 zur Änderung des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 und 6 des Änderungsprotokolls für

Trinidad und Tobago am 21. April 1993  
in Kraft getreten.

II.

Kroatien und Slowenien haben am 2. November 1992 bzw. am 28. Oktober 1992 dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur ihre Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) notifiziert. Dementsprechend sind Kroatien am 8. Oktober 1991 und Slowenien am 25. Juni 1991, dem jeweiligen Tag der Erklärung ihrer Unabhängigkeit, Vertragsparteien des vorstehenden Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1225) und vom 3. März 1993 (BGBl. II S. 697).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 11. Juni 1993

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1969 II S. 249; 1977 II S. 164) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Thailand am 30. März 1993  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Februar 1993 (BGBl. II S. 235).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Abkommens**  
**über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen**  
**Vom 11. Juni 1993**

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Dschibuti	am	8. September 1992
St. Vincent und die Grenadinen	am	16. Februar 1992

in Kraft getreten.

Ferner hat Slowenien am 18. Dezember 1992 der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation seine Rechtsnachfolge zu dem vorstehenden Übereinkommen notifiziert und ist dementsprechend am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 17. September 1971 (BGBl. II S. 1139) und vom 17. September 1991 (BGBl. II S. 1068).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Protokolls**  
**zur Änderung des Übereinkommens über Feuchtgebiete,**  
**insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,**  
**von internationaler Bedeutung**

**Vom 11. Juni 1993**

Das Protokoll vom 3. Dezember 1982 zur Änderung des Übereinkommens vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Österreich	am	18. Dezember 1992
------------	----	-------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Februar 1993 (BGBl. II S. 262).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens  
über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR**

**Vom 11. Juni 1993**

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR (BGBl. 1979 II S. 445) ist nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für

Estland am 21. März 1993  
in Kraft getreten; es wird in Kraft treten für

Litauen am 26. August 1993

Ferner hat Kroatien am 3. August 1992 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Rechtsnachfolge zu dem vorstehenden Übereinkommen notifiziert und ist dementsprechend am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 10. Juni 1983 (BGBl. II S. 446) und vom 7. Dezember 1989 (BGBl. II S. 1077).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens  
zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial**

**Vom 11. Juni 1993**

Slowenien hat am 3. November 1992 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Rechtsnachfolge zu dem Internationalen Abkommen vom 7. November 1952 zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (BGBl. 1955 II S. 633) notifiziert und ist dementsprechend am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. August 1956 (BGBl. II S. 898) und vom 19. November 1985 (BGBl. II S. 1213).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation**

**Vom 11. Juni 1993**

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (BGBl. 1986 II S. 423) ist nach seinem Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 71 für

Lettland	am	1. März 1993
Paraguay	am	15. März 1993
Slowenien	am	10. Februar 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. September 1992 (BGBl. II S. 1028).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Eitel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zollabkommens  
über Behälter**

**Vom 11. Juni 1993**

Slowenien hat am 3. November 1992 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Rechtsnachfolge zu dem Zollabkommen vom 18. Mai 1956 über Behälter (BGBl. 1961 II S. 837, 985) notifiziert und ist dementsprechend am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 25. April 1962 (BGBl. II S. 805) und vom 9. Februar 1989 (BGBl. II S. 205).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn  
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls  
zu dem Übereinkommen von 1979  
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung  
betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden  
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses**

Vom 11. Juni 1993

Das Protokoll vom 31. Oktober 1988 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (BGBl.1990 II S. 1278) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Dänemark am 30. Mai 1993  
ohne Erstreckung auf die Färöer und Grönland

Ungarn am 10. Februar 1992

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Juli 1991 (BGBl. II S. 919).

Bonn, den 11. Juni 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Eitel